



DIE GRÜNEN

neu beginnen!

das grüne programm für einen Neubeginn

**vdb
08**

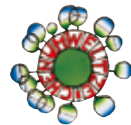
impressum

Medieninhaberin, Verlegerin: Die Grünen, Rooseveltplatz 4–5, 1090 Wien
Tel.: +43 1 23 63 998-0, Fax: +43 1 52 69 110
E-Mail: bundesbuero@gruene.at
www.gruene.at

Gestaltung: Super-Fi
Erscheinungsdatum: September 2008
Erscheinungsort: Wien

Alle Grünen Sachprogramme finden Sie auf der Grünen Website: www.gruene.at/service/teilprogramme

Bitte unterstützen Sie den Wahlkampf der Grünen mit Ihrer Spende auf das
Konto 28027270404 bei Erste Bank BLZ 20111 oder per Kreditkarte über www.gruene.at



vorwort



Liebe Wählerin,
lieber Wähler!

Was bekommen wir, wenn wir die Grünen wählen? Unser Wahlprogramm ist die Antwort auf diese Frage.

Nicht alles, was wir vorhaben, steht in diesem Programm. Wer genauer wissen will, wie wir das Klima schützen oder Pflege für alle garantieren, wie wir Sicherheit schaffen, ohne Grundrechte einzuschränken, kann das in unseren Sachprogrammen nachlesen.

Unser Wahlprogramm ist ein Arbeitsprogramm. Egal, ob als Opposition oder in einer Regierung – wir werden versuchen, so viel wie möglich davon umzusetzen.

Nach zwei Jahren des Stillstands wird am Wahlsonntag entschieden, in welche Richtung die österreichische Politik gehen wird. Mit diesem Programm machen wir dazu einen sachlichen Vorschlag: Energiewende statt Ölkrise, gerechte Verteilung statt sozialer Spaltung, Schutz der Grundrechte statt Überwachungsstaat.

Unser Wahlprogramm ist auch ein Versprechen – für eine neue politische Kultur. Nur mit Sachlichkeit und Verlässlichkeit, mit Ehrlichkeit und Respekt können wir das verlorene Vertrauen in die Politik wieder herstellen.

Alexander Van der Bellen

Alexander Van der Bellen

neu beginnen !

das grüne programm für einen Neubeginn

Wir leben in einer Gunstlage. Mitten in Europa, schön, reich und von niemandem bedroht, kann Österreich zeigen, wie es besser geht. Anders als in den meisten Ländern ist in Österreich genug für alle da: Arbeit, Einkommen, Lebenschancen. Vieles ist falsch verteilt, vieles ist verbaut. Aber überall warten die Chancen. Gute Politik nützt sie.

Die Regierungen von SPÖ, ÖVP und FPÖ/BZÖ haben die Chancen nicht genützt:

- Nach Jahren ohne ernsthaften Klimaschutz wird Österreich das Kyoto-Ziel verpassen. Das wird Österreich Milliarden kosten.
- 114.000 Kinder leben in Österreich unter der Armutsgrenze. 230.000 Menschen haben Vollzeitarbeitsplätze – und sind trotzdem in der Armutsfalle gefangen.
- An den österreichischen Schulen erreichen zwanzig Prozent der Kinder die Lernziele nicht. In Finnland sind es sechs Prozent. Die 14 Prozent Unterschied sind die Opfer einer Politik, die die Schwächeren vergisst.
- In Österreich fehlen 80.000 Kinderbetreuungsplätze.
- Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist weiter aufgegangen.

Alle diese Probleme sind durch schlechte Politik verursacht. Sie können durch gute Politik gelöst werden.

drei fragen

Es geht nicht um mehr oder weniger Staat. Mehr Staat für Bildung und soziale Gerechtigkeit ist etwas anderes als mehr Staat für die Überwachung von Handys und e-mail, mit Video und versteckten Mikrofonen. Wir wollen dort mehr Staat, wo ihn die Menschen brauchen: seinen Schutz, seine Unterstützung und seine Garantien für gleiches Recht. Wir wollen mehr Privat, wo es um unsere Freiheit und unser Privatleben geht.

Jede Regierung gibt ihre Antworten auf drei große Fragen: Schützt sie die Schwachen oder stärkt sie die Starken? Schützt sie die Umwelt oder gibt sie sie preis? Und: Schützt sie unsere Freiheiten oder schränkt sie sie ein? Mit unserem Wahlprogramm stellen wir unsere Vorschläge für die nächsten fünf Jahre vor.

den kurs bestimmen

SPÖ und ÖVP haben Österreich in eine Sackgasse geführt. Gesundheit, Bildung, Klimaschutz – nichts geht mehr. Am Ende der Sackgasse nützt Herumstehen und Schimpfen nichts. Österreich braucht einen Ausweg aus der Krise. SPÖ, ÖVP und FPÖ können oder wollen nicht. Den Ausweg zu zeigen wird die Hauptaufgabe der Grünen sein.

Die Grünen bestimmen den Kurs? Ist das unser Ernst? Die Antwort ist ganz einfach: Nur dafür sind wir da. Wir Grüne haben eine Aufgabe: einen Grünen Neubeginn – so deutlich und so bald wie möglich.

Die anderen haben Apparate, Verbände und Geld. Wir haben Ideen und Engagement. Aus Erfahrung wissen wir, dass nicht immer der Größere und Schwerere gewinnt. Wir haben eine große Chance. Am 28. September 2008 wollen wir sie nützen. Mit Ihrer Stimme.

zehn punkte und ein signal

1. wir helfen beim sparen.....	6
2. wir schützen die umwelt.....	8
3. wir entlasten die mitte und bekämpfen die armut.....	9
4. wir stärken die frauen.....	12
5. wir fördern die jungen	13
6. wir schützen die bürgerinnen und bürger	15
7. wir verteidigen die menschenrechte	17
8. wir geben der eu eine zweite chance	18
9. wir schaffen eine saubere politik.....	20
10. und noch viel mehr	21
11. neu beginnen!.....	23

1. SONNE STATT ÖL:

wir helfen beim sparen

Der Umstieg hat begonnen. Die Menschen in Österreich fahren weniger Auto und mehr mit dem öffentlichen Verkehr und dem Rad. Sie sanieren Häuser und Wohnungen und sparen beim Heizen Energie.

Das ist kein Erfolg der Klimapolitik. Das hat einen einzigen Grund: die hohen Öl- und Gaspreise. Immer mehr Menschen können sich Heizung und Mobilität immer weniger leisten. SPÖ und ÖVP schauen zu.

Ob wir das wollen oder nicht – Erdöl und Erdgas werden weiter teurer. Der Öldurst von China, Indien und anderen neue Industriestaaten ist gewaltig. Die Welterdölproduktion kann mit diesem Wachstum längst nicht mehr mithalten. Das Erdölzeitalter geht zu Ende. Wer keine Atomkraftwerke will, dem bleibt nur eine Alternative: die grüne Energiewende.

Rotschwarzblaue Energiepolitik ist kurzsichtig. Wer heute die Mineralölsteuer senken und Benzin subventionieren will, erreicht nur eines: dass noch mehr Geld in die Kassen der Ölscheichs und Gas-Oligarchen abfließt. Zwölf Milliarden Euro jährlich bezahlen wir bereits heute für Öl- und Gaslieferungen aus Russland, Saudi-Arabien, Libyen, Kasachstan, Nigeria und dem Irak. Wir verbrennen Milliarden in unseren Tanks und Öfen, heizen den Klimawandel an und finanzieren despotische Regime.

Es gibt einen einzigen Ausweg aus der Energie- und Klimakrise: Wir müssen uns von der ökologisch und wirtschaftlich fatalen Erdölwirtschaft abkoppeln und unsere Energieversorgung selbst in die Hand nehmen. Wir brauchen eine Energierevolution: SONNE STATT ÖL, und: SPAREN STATT VERSCHWENDEN. Wir können den Energieverbrauch halbieren und uns zu hundert Prozent mit erneuerbaren Energien selbst versorgen.

Dann sinkt die Energierechnung für Haushalte auch bei steigenden Ölpreisen. So schützen wir Klima und Lebensstandard – und Österreich wird Klimaschutzweltmeister, mit neuen Arbeitsplätzen auf neuen Märkten.

Es geht auch anders.

das grüne programm für sparen und umsteigen

Österreich braucht leistbare, sichere und klimafreundliche Energie – im Verkehr, in den Wohnungen und in der Wirtschaft. Grüne Politik unterstützt die Menschen beim Sparen und beim Umstieg. Wir versprechen kein billiges Öl. Aber wir garantieren: Das Grüne Programm halbiert Ihre Energierechnung – nachhaltig.

UMSTIEG/AUSSTIEG:

- **Gratis-Öffis.** Öffentliche Verkehrsmittel werden für Kinder, Lehrlinge und SchülerInnen gratis. StudentInnen fahren kostenlos von zu Hause zum Studienort. Die Jahreskarte für öffentliche Verkehrsmittel wird steuerlich berücksichtigt. Das hilft auch den PendlerInnen.
- **Grüne Halbp reis-Karte.** Halbp reis in ganz Österreich für Bahn, Bus, Straßenbahn, U-Bahn. Für PendlerInnen im ersten Jahr gratis.
- **Qualitäts-Schub für Öffis.** Die Qualität bestimmt die Nachfrage. Das ist die Erfolgsregel des öffentlichen Verkehrs. 200 Millionen Euro pro Jahr garantieren den Qualitätsschub für Bahn und öffentlichen Nah- und Regionalverkehr. Damit wird umsteigen attraktiv.
- **Freie Fahrt für das Rad.** Radstraßen statt Radwege. Eigene Radspuren auf den Straßen machen das Rad zum gleichberechtigten Verkehrsmittel im Nahverkehr.
- **Ohne Maut geht's nicht.** Egal ob ausländisch oder inländisch - LKW's werden zur Kasse gebeten. Die LKW-Maut wird flächendeckend eingehoben und erhöht. Regionale Fahrverbote schützen die Menschen, die am meisten zu leiden haben.
- **Die Stinker abschieben.** Egal, ob sie aus dem Ausland oder von heimischen Frächtern kommen - die alten Stink-LKW's dürfen nicht mehr auf Österreichs Straßen fahren. Wir halten sie auf – an der Grenze mit LKW-Testschleusen und durch deutlich mehr LKW-Kontrollen auf Österreichs Straßen.
- **Beim Umstieg helfen.** Null-NOVA für Sprit-sparende Pkw und Elektrofahrzeuge.

RAUS AUS ÖL UND GAS – RUNTER MIT DER HEIZRECHNUNG:

- **Minus 90 Prozent.** Eine gesetzliche Sanierungspflicht sorgt in den kommenden fünf Jahren gemeinsam mit Förderungen für die Wärmedämmung von 100.000 schlecht isolierten Wohnungen. Bis 2030 wird eine halbe Million Wohnungen von Energieschleudern zu Passivhäusern. Und die Heizkosten sinken um 90 Prozent.
- **Gratis Kessel-Tausch für alle.** Raus mit dem alten Ölkessel, rein mit der sparsamen Pellets- oder Solarheizung. Ohne zusätzliche Kosten. Der Staat schießt die Investitionskosten zur Gänze vor. Die Heizrechnung sinkt sofort um (durchschnittlich) 1.500 Euro pro Jahr. Die Haushalte zahlen mit diesen eingesparten Kosten die Hälfte der neuen Heizung in Raten zurück. Die andere Hälfte wird vom Staat gefördert. In den kommenden fünf Jahren stellen wir 300.000 Haushalte von Öl auf Pellets und Sonnenenergie um, bis 2020 sind 800.000 Haushalte auf klimafreundliche Heizsysteme umgestellt

DER ÖKO-BOOM:

- **Ökostromgesetz.** Wir unterstützen die österreichischen Ökoenergie-Unternehmen durch ein neues Ökostromgesetz nach Vorbild des deutschen Erneuerbare-Energie-Gesetzes. Wind- und Sonnenkraftwerke liefern sauberen Strom, werden Exportschlager und verdrängen den Atomstrom aus dem österreichischen Netz.
- **Umweltechnik-Cluster** von Holz bis Solar schaffen High-Tech-Arbeitsplätze – von F&E bis zum Design – mit dem Schneepflug „öffentliche Nachfrage“. Die Klein- und Mittelbetriebe im Bereich Umweltwirtschaft und Klimatechnologie bekommen ein Forschungs- und Entwicklungszentrum. Klimaschutztechnologie aus Österreich wird zur weltweiten Erfolgsmarke und schafft 100.000 Arbeitsplätze in Österreichs Ökoindustrie.

wir schützen die umwelt

SPÖ und ÖVP hinterlassen in der Umweltpolitik ein langes Sündenregister und viele offene Baustellen: Das Atomrisiko an Österreichs Grenzen steigt. Feinstaub lässt Kinder nächtelang husten und um Luft ringen. Immer mehr Menschen leiden unter Flug- und Straßenlärm. Verbaute Flüsse verstärken Hochwasserkatastrophen. Immer mehr Müllverbrennungsanlagen fördern den Mülltourismus. Nationalparks und Naturschutzgebiete sind durch Kraftwerkspläne, Straßenbau und harten Tourismus bedroht. Immer mehr Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht.

Der Umwelt geht es dank SPÖ und ÖVP nicht gut in Österreich.

Es geht auch anders.

das grüne programm für mehr umweltschutz

Konsequenter Umwelt- und Naturschutz ist kein Minderheitenprogramm für LiebhaberInnen von Fröschen und Wiesenblumen. Umweltschutz ist zentraler Motor für Lebensqualität und Gesundheit für alle. Die BürgerInnen haben ein Recht auf saubere Luft, klares Wasser, intakte Natur und sichere Energie. Echten Umweltschutz gibt's nur mit den Grünen.

- **Atomkraft freies Europa.** Österreich steigt aus dem Euratom-Vertrag aus und fördert nicht länger die Atomindustrie. Wir schmieden eine Anti-Atom-Allianz für ein Atomkraft freies Europa und gegen alle AKW-Neubaupläne. Strikte Einhaltung des Melker Temelin-Abkommens.
- **Stopp dem Müll-Transit.** Keine neuen Müllverbrennungsanlagen, stattdessen forcierung der Abfallvermeidung.
- **Saubere Luft für unsere Kinder.** Verkehrsbeschränkungen in Feinstaub belasteten Ballungsräumen.
- **Ruhig Leben.** Strenges Lärmschutzgesetz. Lärmschutzpläne erarbeiten, mit den BürgerInnen diskutieren, finanzieren und umsetzen.
- **Wasser – die Grundlage unseres Lebens.** Konsequenter ökologischer Landbau, Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und ökologischer Hochwasserschutz.
- **Artenvielfalt statt Beton.** Bundesweit einheitliches Naturschutzgesetz. Erhöhung der Mittel für den Naturschutz, Erweiterung der Nationalparks.
- **Reform der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).** Senkung der Schwellenwerte. Bessere Einbindung der Betroffenen, Bürgerinitiativen und NGO's.
- **Aktive BürgerInnen-Beteiligung.** In allen Fragen, die unsere Umwelt betreffen.

wir entlasten die mitte und bekämpfen die armut



Alle reden vom Mittelstand. Alle wollen etwas für ihn tun. Alle beteuern, wie wichtig eine starke Mitte für eine sichere Gesellschaft ist. Wir wollen die Mitte entlasten.

DIE ÖVP HAT DEN MITTELSTAND VERRATEN

- Energiepreise und Lebenshaltungskosten
- Gebührensteigerung und Selbstbehalte
- kalte Progression im Steuersystem – die Inflation schiebt die Menschen bei gleichbleibenden Realeinkommen in immer höhere Steuerklassen
- Studiengebühren und teure Nachhilfestunden
- fehlende Kindergartenplätze und Pflegenotstand

Das trifft längst nicht mehr nur die, die am unteren Rand der Gesellschaft leben. „Mitte“ heißt nicht mehr „Sicherheit“. Acht Jahre ÖVP-Politik unter einem schwarzen und einem roten Bundeskanzler haben das Leben für die Menschen in der Mitte der Gesellschaft schwerer gemacht.

Mehr als eine Million Menschen lebt in Österreich an der Armutsgrenze. Das sind nicht mehr nur Langzeitarbeitslose und MindestrentnerInnen. Das sind immer öfter junge Familien und Menschen, die trotz Vollzeitarbeit in der Armutsfalle landen. Der Mittelstand bricht unten weg.

Nur eine kleine Gruppe hat profitiert. In 3.300 Stiftungen parken Österreichs Reichste steuerschonend ein Vermögen von rund 60 Milliarden Euro. Das, was ihnen die ÖVP geschenkt hat, muss der Mittelstand bezahlen.

Während sich die Stifter über die Abschaffung von Erbschafts- und Schenkungssteuer freuen, frisst die kalte Progression den normalen SteuerzahlerInnen jedes Jahr rund 300 Millionen Euro weg. Seit der letzten Steuerreform waren das 1,2 Milliarden.

Aber es geht nicht nur um Geld. Es geht auch um Lösungen für konkrete Probleme.

- Wo sind die qualitativ hochwertigen Kindergartenplätze für junge Familien und alleinerziehende Frauen?
- Warum wird der Zugang zur Universität nach wie vor durch Studiengebühren erschwert?
- Warum leistet sich Österreich noch immer keine ausreichende legale Pflege für alle, die sie brauchen?
- Warum werden neue UnternehmerInnen behindert und nicht unterstützt?
- Warum werden immer mehr Arbeitsverhältnisse prekär?

Es geht auch anders.

das grüne programm für entlasten und unterstützen

Den Mittelstand entlasten und unterstützen. Reiche in die Pflicht nehmen. Armut erfolgreich bekämpfen. Das ist das Programm der Grünen für mehr Gerechtigkeit.

ARBEIT ENTLASTEN UND REICHE IN DIE PFLICHT NEHMEN

- **Senkung der Lohnsteuer** – sofort. Einkommen über 1.130 Euro pro Monat werden im Ausmaß von 2,5 Milliarden Euro entlastet. Das erspart im Durchschnitt allen Betroffenen jährlich 700 Euro.
- **Schluss mit der kalten Progression.** Ab 2010 wachsen die Steuertarifstufen jährlich mit der Inflationsrate mit, sodass der Staat die Einkommenszuwächse nicht mehr automatisch über die kalte Progression wegfrisst.
- **Vermögen vernünftig besteuern.** Was überall selbstverständlich ist, soll auch in Österreich möglich sein – eine Vermögensteuer, bei der Vermögen unter Gewährung hoher Freibeträge mit einem geringen Steuersatz belegt werden. Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung wird die Grundsteuer abgeschafft.
- **Stiftungen zur Kasse.** Als erste Sofortmaßnahme zur Reduktion der Steuerprivilegien für Privatstiftungen wird der Steuersatz bei Einbringung von Vermögen in die Stiftung von derzeit 2,5 auf 5 Prozent verdoppelt. Eine Vermögenszuwachssteuer wird eingeführt.
- **Volle Lohnsteuer ab 100.000.** Keine Begünstigung des 13./14. Gehalts für Gehaltsteile über 100.000 Euro steuerliche Bemessungsgrundlage – das trifft die obersten 0,9 Prozent der LohnsteuerzahlerInnen. 99,1 Prozent erhalten diesen Steuervorteil wie bisher.

FAMILIEN UNTERSTÜTZEN

- **Gratiskindergärten für alle.** Einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige und kostenlose ganztägige Kinderbetreuung für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bei gleichzeitiger Verlängerung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen. Damit wird Kinderbetreuung vom Luxus zur Selbstverständlichkeit.
- **Einkommensabhängiges Karenzgeld.** 80 Prozent des Einkommens für acht Monate pro Elternteil. 730 Euro Mindestkarenzgeld für alle, solange keine umfassende Grundsicherung dies anders regelt.
- **Papa-Monat.** Väter haben Anspruch auf einen Vatermonat nach der Geburt ihres Kindes bei vollem Einkommensersatz.

- **Abschaffung der Studiengebühren.** Damit entlasten wir Studierende und ihre Familien um 140 Millionen Euro jährlich.
- **Förderunterricht an Schulen** ersetzt Nachhilfestunden und spart Familien rund 150 Millionen Euro jährlich.
- **Erhöhung des Pflegegeldes** und dessen jährliche Anpassung entlasten die Familien um 120 Millionen Euro.
- **Sofortige Sanierung der Krankenkassen** vermeidet weitere Selbstbehalte der Familien in Höhe von 450 Millionen Euro.
- **Freier Eintritt in die Museen.** Eine Familie mit einem Kind zahlt heute im Wiener Völkerkundemuseum 45 Euro. Das öffentlich finanzierte Kulturangebot soll für Familien kein Luxus sein.
- **Preiswerter Wohnen.** Senkung der Betriebskosten und Begrenzung der Mieten, damit Wohnen leistbar ist.

ZU DEN NIEDRIGEN EINKOMMEN UMVERTEILEN – SOFORT

- **700 Euro Entlastung.** ÖsterreicherInnen mit Einkommen unter der Steuerschwelle (derzeit brutto 1.130 Euro pro Monat) werden durch Erhöhung der Negativsteuer und/oder Senkung der Sozialversicherungsbeiträge im Durchschnitt jährlich um 700 Euro bzw. monatlich um 58 Euro entlastet.
- **900 Euro Grundsicherung 12 x pro Jahr.** Damit niemand mehr völlig in die Armut abrutschen kann. Bis dahin jährliche Anpassung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe.
- **7,25 Euro Mindestlohn.** Niemand verdient weniger als 7,25 Euro pro Stunde. Per Gesetz.

NEUE ARBEITSWELTEN FAIR GESTALTEN

- **Voller Versicherungsschutz** für alle Arbeitsverhältnisse.
- **Gerechte Verteilung der Erwerbsarbeitszeit** durch Senkung der Normal- und Höchstarbeitszeiten. Arbeitszeitgesetzgebung stärker an den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen orientieren.

DIE NEUEN UNTERNEHMEN ENTLASTEN UND FÖRDERN

- **Senkung der Einkommensteuer** – sofort. Die Einkommen der neuen Selbstständigen, der Ein-Personen-Unternehmen und kleiner sowie mittlerer innovativer Unternehmen werden im Durchschnitt jährlich um 700 Euro entlastet.
- **Steuersparbuch.** Einführung einer vorübergehend steuerbegünstigten Rücklage („Steuersparbuch“) für Einnahmen-Ausgaben-Rechner. Gelder, die in diese Rücklage fließen, schmälern den Gewinn im Jahr der Rücklagenbildung und können später für Investitionen und Aufwendungen verwendet oder gewinnerhöhend aufgelöst werden.
- **Vorzeitige 30-prozentige Abschreibung** bei Investitionen ins Anlagevermögen (degressive Abschreibung) und Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter von derzeit 400 auf 1.500 Euro.
- **Verlängerung des Durchrechnungszeitraums** für die Einkommensteuer für neue Selbstständige auf drei Jahre.
- **Selbstbemessung von Vorauszahlungen** der Einkommensteuer statt verfrühter hoher Steuervorauszahlungen.

4. GLEICHSTELLUNG UND SELBSTBESTIMMUNG

wir stärken die frauen



Die Frauenarbeitslosigkeit sinkt langsamer als die der Männer. Immer mehr Frauen in Teilzeitjobs. Frauen stoßen beim beruflichen Aufstieg an die gläserne Decke. Frauen verdienen um ein Drittel weniger als Männer, die Einkommensschere ist weiter aufgegangen. Die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren verschärft. Nach wie vor tragen Frauen die Hauptlast unbezahlter Versorgungs-, Pflege- und Betreuungsarbeit. Im Alter sind sie am stärksten armutsgefährdet.

Auf dem Papier sind Frauen bei SPÖ und ÖVP gleichberechtigt. Die Realität sieht anders aus.

Die systematische Benachteiligung ist nicht nur unfair – sie ist auch dumm. In Wirtschaft, Forschung, Kultur und Politik zeigen Frauen längst, was sie können. Drei Männerparteien hindern sie immer noch daran.

Es geht auch anders.

das grüne programm für gleichberechtigung

Gleichberechtigung braucht einen politischen Schub. Wir wollen Vorrang für Frauen.

- **Aktion Frauen plus.** 10.000 neue Jobs – Insbesondere in Betrieben im Non-Profit-Bereich und bei Kleinunternehmen für Frauen durch die befristete Übernahme von zwei Drittel der Jahreslohnkosten. Profitieren würden davon insbesondere Frauen nach mehrjährigen Berufsunterbrechungen oder ab 35 Jahren.
- **Von den Unis bis zu den Aufsichtsräten.** Top-Jobs für Frauen durch Quoten und konsequente Förderung.
- **Gründerinnen-Fonds.** Tausend zinsbegünstigte Kredite zu je 100.000 Euro auf sieben Jahre für Unternehmensgründerinnen. Jede Österreicherin ab dem 18. Lebensjahr kann sich bewerben – und Unternehmerin werden.
- **Öffentlich gleich.** In den Gehaltsschemata von Bund und Ländern werden „Frauenberufe“ mit „Männerberufen“ gleichgestellt. Die Betreuung von Pflegebedürftigen ist anspruchsvoller als die Entsorgung von Müll. Die Altenpflegerin verdient in Zukunft mehr als der Mitarbeiter der Müllabfuhr.
- **Wirtschaftsförderung = Frauenförderung.** Keine Wirtschaftsförderung ohne Frauenförderung. Wer Frauen nicht fördern will, wird selbst nicht gefördert. So führen wirtschaftliche Anreize zu mehr Gerechtigkeit.
- **Nicht allein.** Das Schwerpunktprogramm für alleinerziehende Frauen. Viele von ihnen leben in der Armutsfalle. Direkte Transfers, Ausbildung und geförderte Arbeitsplätze unterstützen sie beim Neustart.

5. SCHULE, UNIS, WEHRPFLICHT...

wir fördern die jungen



Wer für die Zukunft Arbeitslosigkeit und Armut verhindern will, muss jetzt in die Förderung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen investieren. Die Weichen für Chancengleichheit im Leben werden unmittelbar nach der Geburt gestellt. Die Ergebnisse von PISA haben für Österreich nachgewiesen, dass große Leistungsunterschiede zwischen SchülerInnen aus benachteiligten Familien und Kindern höherer Bildungsschichten bestehen. Bildungsarmut ist erblich. Die Beseitigung dieses Unrechts ist eine zentrale Verteilungs- und Wachstumsfrage. Schon deswegen muss mit einer wirksamen Frühförderung aller Kinder gestartet werden.

Die Investitionen von heute entscheiden über Wohlstand und Lebensqualität von morgen. Wer heute in Kampfflugzeuge, Überwachungsstaat und Autobahnen investiert, lässt die nächsten Generationen im Stich.

Die Schlüsselinvestitionen in die Zukunft heißen Bildung, Forschung und Infrastruktur. Bei allen Schlüsselinvestitionen liegt Österreich zurück. So stagniert das Hochschulbudget seit dem Jahr 2000 bei rund einem Prozent des BIP und liegt damit klar unter dem OECD-Schnitt von 1,4 Prozent. Schweden und Finnland zeigen Österreich mit 1,8 Prozent, wie es gemacht wird.

Es geht auch anders.

das grüne programm für schulen, unis und viel mehr

- **Lernziele erreichen.** Jede(r) fünfte Jugendliche in Österreich schafft die Lernziele nicht. In Finnland trifft das nur jede(n) Siebzehnte(n). Ein Programm, damit es auch in Österreich mehr Junge schaffen.
- **Frühförderung für alle.** Erstklassig ausgebildete und angemessen entlohnte KindergartenpädagogInnen kümmern sich um Leseschwächen, Behinderungen, Sprachdefizite. Bis zum Schuleintritt kann Vieles besser werden. Damit alle Kinder die gleiche Chance haben.

- **Gemeinsame Schule der 6- bis 15-Jährigen.** Eine stark verankerte individuelle Förderung verhindert frühzeitige Selektion, schafft sozialen Ausgleich und verbessert das Gesamtergebnis des Schulsystems.
- **Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige Nachmittagsbetreuung.** Die Eltern können zwischen Nachmittagsbetreuung oder Ganztagschule auswählen. Das garantiert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und minimiert die Kosten für Nachhilfestunden.
- **Förderung der Mehrsprachigkeit** als Qualifikation für die Zukunft durch sprachliche Förderung wie auch durch muttersprachliche Förderung für alle Kinder.
- **Die Uni-Milliarde.** 100.000 Studierende mehr in acht Jahren. Die Unis erhalten pro Jahr um 200 Millionen Euro mehr, fünf Jahre lang. Dann hat Österreich OECD-Niveau erreicht und 28 statt 14 Prozent der bis 35-Jährigen sind AkademikerInnen.
- **Raum für junge Forscher** und Forscherinnen. Das jetzige Dienstrecht behindert den wissenschaftlichen Nachwuchs. Karriereförderung im Rahmen eines „Tenure Track Systems“ honoriert frühzeitige Selbstständigkeit in Forschung und Lehre.
- **Ausbau der Studienbeihilfen und Leistungsstipendien.** Und die Unis erhalten Anreize für Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Studium, von Kinderbetreuung und Studium besser gewährleisten.
- **Bildungskonto.** Wer will, zahlt fünf Jahre lang zwei Prozent des Einkommens ein. Der Staat zahlt die Differenz auf tausend Euro jährlich. Schon bei Beginn können die 5.000 Euro für persönliche Weiterbildung in Anspruch genommen werden. Das hilft insbesondere Selbstständigen.
- **Abschaffung der Wehrpflicht.** Nach der Euro ist es endgültig klar: Niemand braucht Präsenzdiener an offenen Grenzen. Der Zwangs-Assistenzeinsatz stiehlt jungen Männern ein halbes Lebensjahr, ist sinnlos und menschenrechts-widrig – und wird abgeschafft. Mit ihm fällt die Wehrpflicht.
- **Verdoppelung der Jugendquote.** Ein Viertel der Bevölkerung ist jünger als zwanzig – und bekommt nicht mehr als drei Prozent der Kulturförderung. Wir verdoppeln. Sechs Prozent für Neues ist besser – und finanzierbar.
- **Meister und Matura gratis.** Wer will, kann die Matura nachholen oder die Meisterprüfung machen. Gratis.
- **Faire Bedingungen bei Ausbildungspraktika.** Klare Regelungen für Praktika in Arbeitsrecht und Kollektivverträgen. Qualitätsanforderungen für Ausbildungsstätten definieren. Verhinderung von Scheinpraktika zur Unterstützung junger hochqualifizierter Menschen.

6. BÜRGER/INNENRECHTE

wir schützen die bürgerinnen und bürger



ÖSTERREICH IST AUF DEM WEG IN DEN ÜBERWACHUNGSSTAAT

- Handy- und Internet-Überwachung ohne Richter
- Videoüberwachung vom Hauseingang bis zum Arbeitsplatz
- Großer Lauschangriff und Rasterfahndung
- Bundestrojaner auf den Festplatten der persönlichen Computer
- Gläserne ÖsterreicherInnen durch Vernetzung aller öffentlichen Datenbanken
- Zugriff der militärischen Nachrichtendienste auf alle Datenbanken von Finanzamt bis Spital
- Fingerabdrücke von Millionen unverdächtigen ÖsterreicherInnen
- Massengentests

Das ist die „Sicherheitspolitik“ von ÖVP und SPÖ. Während sich organisierte Kriminelle gut dagegen schützen können, sind Millionen unbescholtener und unverdächtigter Menschen der wachsenden Überwachung schutzlos ausgeliefert.

ÖVP und SPÖ gehen miteinander den Weg in den Überwachungsstaat. Was technisch möglich ist, wird gemacht – ohne Rücksicht auf liberale BürgerInnenrechte und Menschenrechte. Jeder ist verdächtig, niemand ist mehr vor Überwachung sicher.

Gleichzeitig schützt der Staat seine Daten vor seinen BürgerInnen. „Amtsverschwiegenheit“ - nirgendwo in Europa haben die BürgerInnen so wenig Rechte auf Einblick und Kontrolle.

Es geht auch anders.

das grüne programm für mehr privat und weniger staat

Alle Menschen, die in Österreich leben, haben das Recht auf Privatsphäre. Sie haben das Recht, vor schrankenloser Überwachung geschützt zu werden. Wer nicht verdächtigt wird, soll auch nicht überwacht werden. Wir wollen den Gläsernen Staat – und nicht den Gläsernen Menschen.

- **Nur mit Richter.** Handy- und Internet-Überwachung darf es nur in Fällen schwerer Kriminalität und mit richterlichem Beschluss geben.
- **Handysicherheit.** Egal ob Provider, Staatsanwalt oder Polizist – wer ohne ausreichende Begründung Handys abhören lässt, macht sich strafbar. JournalistInnen, ÄrztInnen und AnwältInnen sollen besonders geschützt werden.
- **Keine Massendatenhaltung.** Wir alle sollen sicher sein – vor der Verknüpfung aller persönlichen Daten zu einem persönlichen Profil.
- **Militär-Stopp.** Kein militärischer Zugriff auf zivile Daten der öffentlichen Verwaltung.

UND

- **Das BürgerInnen-Informationsrecht.** Der Staat muss alles offenlegen – mit wenigen, gesetzlich gut begründeten Ausnahmen wie dem Datenschutz und der nationalen Sicherheit. Eine offene Gesellschaft verträgt keinen verschlossenen Staat.
- **Aufhebung der Amtsverschwiegenheit.** Willkür und Verschwendung dürfen sich nicht mehr hinter der Amtsverschwiegenheit verstecken können.

7. ASYL UND EINWANDERUNG

wir verteidigen die menschenrechte

Egal ob Klima oder Asyl, Schule oder Sicherheit, Pflege oder Einwanderung – Schuld an den Missständen sind weder Inländer noch Ausländer. Schuld ist eine schlechte Politik.

Schlechte PolitikerInnen suchen Sündenböcke. Einmal sind es „die Arbeitslosen“. Dann sind es „die Ausländer“.

Schlechte Politiker setzen auf Angst und verhetzen Menschen. Mit unmenschlichen Gesetzen haben ÖVP, SPÖ und FPÖ/BZÖ jahrelang Menschen verfolgt, Menschenrechte missachtet und der Wirtschaft geschadet.

Es geht auch anders.

das grüne programm für menschenrechte

Nach acht Jahren systematischer Missachtung durch FPÖ, BZÖ, ÖVP und SPÖ kehrt Österreich wieder zur vollen Achtung der Menschenrechte zurück.

Die Einwanderung wird klar geregelt. Österreich braucht Einwanderer – und klare Regeln, damit von der Einwanderung alle profitieren.

- **Asyl schützen.** Kein Verfahren darf länger als sechs Monate dauern. Statt einem Drittel fehlerhafter Verfahren schaffen gut ausgestattete Behörden verlässliche Entscheidungen. Mit deutlich mehr BeamtInnen und Gesetzen, die wieder die Flüchtlingskonvention achten, wahrt Österreich eines der wichtigsten Menschenrechte.
- **Bleiberecht statt Gnadenakt.** Gut integrierte Familien zerreißen, qualifizierte junge Menschen, die in Österreich ihren Beruf erlernt haben, abschieben – das ist unmenschlich und dumm. Wer bleiben will, soll das Recht haben, einen Antrag zu stellen. Ein ordentliches Verfahren mit einer klaren Entscheidung – das ist die Alternative zur Willkür von Haider und Fekter.
- **Einwanderung als Chance.** Statt Willkür und starrer Quoten entscheiden klare Kriterien, wer einwandern soll und darf. Ausbildung, Sprachkenntnisse, Arbeitserfahrung und Verwandte in Österreich entscheiden, wer einwandern darf.
- **Staatsbürgerschaft ohne Schikanen.** Ab fünf Jahren rechtmäßigem Aufenthalt bekommen alle eine Chance. Ab sieben Jahren haben sie das Recht. Damit rückt Österreich vom Rand in die Mitte der EU.
- **Integration statt Isolation.** Wir wollen keine aggressiven Gegenkulturen – aber auch keinen aggressiven Assimilationsdruck. Die Rechte von Frauen und Kindern sind nicht verhandelbar, aber Kopftuchverbot und Trachtenzwang lehnen wir ab. Vielfalt ist Bereicherung für alle.
- **Integration fördern.** Bildungsoffensive für EinwandererInnen. Das Angebot für Sprachkurse wird ausgebaut, weiterführende Bildungs- und Beratungsleistungen maßgeschneidert angeboten.

wir geben der eu eine zweite chance

Die Europäische Union ist in einer Krise. Wenn sie das Vertrauen der Menschen wieder gewinnen will, muss sie demokratischer, sozialer und ökologischer werden.

Aber eines ist klar: Die schlechte Stimmung in unserem Land ist großteils hausgemacht. ÖVP und SPÖ missbrauchen „Brüssel“ seit Jahren als Sündenbock für das eigene politische Versagen. Sonntags präsentieren sie sich als Europäer, von Montag bis Freitag spekulieren sie mit nationalistischen Gefühlen und schüren Ängste. Doch Nationalismus und der Rückzug ins Provinzielle sind keine Antworten auf die gemeinsamen Herausforderungen in der Europäischen Union. Europa - das sind nicht die anderen, das sind wir selbst. Wir selber müssen die Europäische Union verändern.

Es geht auch anders.

das grüne programm für die europäische union

Die europaweite Vertrauenskrise wird von den nationalen Staatskanzleien noch immer nicht erkannt. Ein zweites irisches Nein würde das Aus für die Demokratisierung und die Spaltung der Union mit einem Kerneuropa der großen Staaten bedeuten. Eine Europäische Demokratie ist daher das erste Ziel unserer Europapolitik.

DER EUROPÄISCHE BÜRGER/INNEN-VERTRAG

In einem „European Act for Democracy“ werden nur jene Elemente aus dem Verfassungsprozess verankert, die die Rechte der BürgerInnen erweitern, die Demokratie ausbauen, sowie die Werte und Ziele der Union festschreiben:

- die Charta der Grundrechte – rechtsverbindlich und einklagbar;
- das europäische Volksbegehren;
- die Informationsrechte, das Initiativrecht und die uneingeschränkte Mitentscheidung des Parlaments mit der doppelten Mehrheit bei Gesetzgebung und Budget;
- die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Parlament ;
- die Öffentlichkeit der Gesetzgebung im Rat, die Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente und die uneingeschränkte gerichtliche Kontrolle aller Entscheidungen.

Dieser Europäische BürgerInnen-Vertrag soll am Tag der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 einer europaweiten Volksbefragung unterzogen werden.

DIE EUROPÄISCHE SOZIALUNION

Die Union muss ein gemeinsamer Raum der Gerechtigkeit, der sozialen Sicherheit und der Solidarität werden. Nur dadurch kann das europäische Sozialmodell gegenüber den übermächtigen, global agierenden Finanz- und Wirtschaftsinteressen verteidigt werden. Das heißt:

- **Harmonisierung der Unternehmenssteuern** als Mittel gegen Steuerdumping.
- **Europaweite Spekulationssteuer** (Tobin-Tax), um der Spekulation Grenzen zu setzen.

- **Soziale Mindeststandards** einschließlich gesetzlicher Mindestlöhne.
- **Schutz der Dienstleistungen** von allgemeinem Interesse.
- **Europäischer Finanzausgleich** als Instrument im Kampf gegen die Armut.
- **Sozialgarantie.** Einhaltung der sozialen Standards des Ziellandes bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen.
- **Vorrang der sozialen Grundrechte,** insbesondere des Streikrechts, vor den Freiheiten des Binnenmarktes.
- **Pension ohne Grenzen.** Egal in welchen Staaten – Arbeit in der EU begründet einen Pensionsanspruch. Die EU verträgt keine sozialversicherungsfreien Inseln.
- **„Vollbeschäftigung“ und „nachhaltiges Wachstum“** als Erweiterungen des derzeit ausschließlichen Ziels der Preisstabilität der Europäischen Zentralbank.“

DIE EUROPÄISCHE FRIEDENSORDNUNG

- **Gemeinsame Außenpolitik.** Nur auf ihrer Basis kann die Gründungsidee der Europäischen Union als Friedensprojekt auch in Zukunft verwirklicht werden.
- **Nicht ohne Völkerrecht.** UNO und Parlament. Nur auf Basis des Völkerrechts mit einem klaren Mandat der UNO und der Zustimmung des Europäischen Parlaments dürfen militärische Einsätze der EU durchgeführt werden.

DIE ÖKO-UNION

- **Austritt aus dem Euratom-Vertrag.** Österreichs Austritt muss möglich sein, auch ohne die Union zu verlassen.
- **Klimagemeinschaft.** Der Kampf gegen den Klimawandel muss Gemeinschaftsaufgabe werden.
- **Vereinheitlichung der Energiesteuern.** Klimaschutz verträgt keine Schwarzfahrer.
- **Kerosinsteuer.** Eine europaweite Kerosinsteuer soll das Verschmutzungsprivileg der Luftfahrt beseitigen.
- **„Gentechnikfreie Regionen** für die Landwirtschaft werden EU-rechtlich abgesichert, der Zwangsbeglückung durch die Gentechnik-Industrie wird ein Riegel vorgeschoben.“

9. GLÄSERNE KASSEN, SAUBERE PARTEIEN, UNABHÄNGIGE KONTROLLE

wir schaffen eine saubere politik

SPÖ, ÖVP und FPÖ/BZÖ haben es sich gerichtet.

- Parteispenden von Bauunternehmern und Rüstungsfirmen
- Spendenwäsche durch die Industriellenvereinigung
- Umleitung von Arbeiterkammer- und Wirtschaftskammer-Beiträgen in Parteikassen
- Spenden an MinisterInnen
- Wahlinsereate auf Ministeriumskosten

Das System legalisiert politische Korruption.

Minister und ihre Parteifreunde brauchen den Staatsanwalt nicht zu fürchten. Das Parlament wird an seiner Kontrolle gehindert. Solange Minister und Landeshauptleute Gesetze und Verfassung ungestraft brechen können, werden sie weiter ihre Parteiinteressen über die Gesetze stellen.

Es geht auch anders.

das grüne programm für sauberkeit und transparenz

- **Zuwendungsverbot.** Regierungsmitgliedern und deren KabinettsmitarbeiterInnen soll durch Gesetz verboten werden, Geld oder andere Leistungen von Interessenvertretungen oder Unternehmen anzunehmen.
- **Transparenz.** Alle Parteispenden über 5.000 Euro sollen im Rechenschaftsbericht einer Partei unter Angabe der Spender deklariert werden.
- **Verbotene Parteienfinanzierung.** Illegale Parteienfinanzierung gehört ins Strafgesetzbuch – und vor den Richter.
- **Verbot von Spenden von öffentlichen Auftragnehmern.** Unternehmen, die öffentliche Aufträge annehmen, sollen Spenden an Parteien und politische Entscheidungsträger untersagt werden.
- **Keine Kammergelder für Parteien.** Die Fraktionen in den gesetzlichen Interessenvertretungen sollen verpflichtet werden, ihre Fraktionsgelder ausschließlich für die Arbeit in den Interessenvertretungen auszugeben.
- **Regierungsunabhängige StaatsanwältInnen.** Das Weisungsrecht der JustizministerInnen wird abgeschafft. Der Nationalrat wählt eineN GeneralstaatsanwältIn, auf zwölf Jahre, unabsetzbar. Die Staatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung erhält eigene ErmittlerInnen – unabhängig von den InnenministerInnen.
- **Untersuchungsausschuss als Minderheitenrecht.** Der Nationalrat soll ungehindert kontrollieren können.
- **Beamten-Beschwerde.** Beamte bekommen das Recht, sich an eine Beschwerdestelle des Nationalrats zu wenden. Der Kampf gegen Machtmissbrauch erhält damit eine Adresse.
- **Wahlkampfkosten begrenzen.** Die Wahlkampfkosten werden vor der Wahl offen gelegt. Der Rechnungshof überprüft die Angaben nach der Wahl. Wer um mehr als zehn Prozent überschreitet, bekommt weniger Wahlkampfkosten-Rückerstattung.

10. UND NOCH VIEL MEHR

und noch viel mehr



Von der Landwirtschaft bis zur Gesundheit, von der Neutralität bis zum Zivilpakt, von der Gleichstellung der Behinderten bis zur Unterstützung der SeniorInnen liegen unsere Konzepte auf dem Tisch. Einige davon:

- **Das Gentechnik-Verbot in der Landwirtschaft bleibt.** Der Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft wird gesetzlich verankert. Die nationalen Importverbote für Gentechnik-Produkte werden ausgeweitet.
- **Hundert Prozent Bio.** Öffentliche Einrichtungen kaufen nur noch Bio- und Regionalprodukte. Der Biolandbau wird zum Leitbild der Agrarpolitik.
- **Artgerechte Tierhaltung.** Verbot der Haltung von Tieren in nicht artgerechten Ställen wie der Haltung ohne Einstreu auf Vollspaltenböden. Verbot von qualvollen Eingriffen ohne Schmerzausschaltung. Leberdientransporte nur unter verbesserten Standards und genauen Kontrollen.
- **Tierschutz in die Verfassung.** Und nicht Tierschützer ins Gefängnis.
- **Skandinavisch forschen.** Die Forschungs- und Entwicklungsquote wird binnen sechs Jahren auf vier Prozent angehoben.
- **Gleiche Leistungen für alle.** Alter, Einkommen, Wohnort, Kasse oder Diagnose dürfen nicht über die Qualität der medizinischen Behandlung entscheiden.
- **Neun Kassen sind genug.** Neun Länderkassen ersetzen 28 Parallelkassen.
- **Keine Rezeptgebühren** für Wenigverdienende und chronisch Kranke. Unbürokratische Hilfe erspart teure Verwaltung der Deckelung.

- **Auf Krankenschein.** Psychotherapie auf Krankenschein.
- **Öffentlich barrierefrei – alles.** Alle öffentlichen Gebäude und Verkehrsmittel werden barrierefrei gemacht. Universität und Arbeitsmarkt stehen allen offen.
- **Neutral in Europa.** Österreich ergreift die Initiative. Das gemeinsame Europa soll vereinbaren: keine Teilnahme an Kriegen; keine Stationierung fremder Truppen; kein Beitritt zu einem militärischen Pakt. Dann kann sich das neutrale Österreich am Aufbau einer Europäischen Sicherheitsunion beteiligen und in einer Volksabstimmung die Entscheidung treffen.
- **Zivilpakt.** Gemeinsame Rechte in einer modernen Beziehung. Mietrecht, Erbrecht, Erbschafts- und Schenkungsrecht, Zivilprozessordnung – die Ungleichheiten werden beseitigt. Gleichgeschlechtliche PartnerInnen können Kinder adoptieren und sind auch im Krankenhaus keine „Fremden“ mehr.
- **Ortstafeln jetzt.** Die zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten werden aufgestellt. Weil die Verfassung für alle gilt.
- **Waffenverbot.** Schusswaffen sollen die Ausnahme sein – nur für Jäger und Sportschützen.
- **Kultur von allen.** Statt teurer Events, die alte Klischees verbreiten: Vierzig statt bisher vier Millionen Euro für die unzähligen kreativen Initiativen, die sich mit den Lebensbedingungen der Menschen auseinandersetzen.
- **Freies Arbeiten ohne Angst.** Existenzsichernde Zuschüsse für KünstlerInnen.
- **Offene Turnsäle.** Turnsäle und Sportplätze in den Schulen stehen außerhalb der Unterrichtszeiten allen zur Verfügung. Auch am Abend, am Wochenende und während der Ferien.
- **Altern in Würde.** Mit einem einklagbaren Recht auf Pflege und Betreuung. Pflege und Betreuung sind keine Gnadentakte – und sie dürfen nicht zur zusätzlichen Belastung, unbezahlt, ohne soziale Absicherung, für Frauen werden.
- **Endlich 0,7 Prozent.** Globale Armutsbekämpfung durch die Erfüllung der Verpflichtung, die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens anzuheben. Globale Armutsbekämpfung beginnt zu Hause.

11. SCHLUSS MIT DER ALTEN POLITIK:

neu beginnen!

„Die machen, was sie wollen.“ Stimmt. Egal ob SPÖ mit ÖVP, ÖVP mit FPÖ/BZÖ oder FPÖ mit SPÖ regiert – Machtmissbrauch, Proporz, Parteibuchwirtschaft und Korruption regieren mit.

„Wir sind denen komplett egal.“ Stimmt. SPÖ, ÖVP und FPÖ/BZÖ reden von „den Menschen“. Wenn sie regieren, zeigen sie: Die Menschen, das sind nur sie selbst.

„Ich glaube denen kein Wort mehr.“ Zurecht. Fast alles, was SPÖ, ÖVP und FPÖ/BZÖ in den letzten acht Jahren versprochen haben, haben sie gebrochen.

Es geht nicht nur darum, was SPÖ, ÖVP und FPÖ/BZÖ alles falsch gemacht haben. Es geht auch darum, wie sie es gemacht haben. Die drei Parteien haben das Vertrauen in die Politik zerstört. Nur eine neue Politik kann neues Vertrauen begründen.

der Neubeginn

Grüne Konzepte halten. Wir haben unsere Vorschläge genau überlegt. Wir versprechen weder das Rote noch das Schwarze oder Blaue vom Himmel. Vieles, was wir wollen, ist neu. Alles ist realistisch.

Grüne Versprechen gelten. Wir sind schon einmal bei Regierungsverhandlungen aufgestanden, weil wir unseren WählerInnen im Wort waren. Wer uns wählt, kann sich auf uns verlassen.

Den WählerInnen verpflichtet. Niemandem sonst. Unsere Finanzen sind so offen wie unsere Programme.

Wir wollen einen politischen Neubeginn. Mit Ernsthaftigkeit, Sachlichkeit und Ehrlichkeit. Mit einem anderen politischen Stil. Mit Ihrer Unterstützung.

